

Dokumentation
von der
Bildungskonferenz
am 10.09.2007

Thema:
„Übergang von der Schule in
den Beruf – Modelle,
Perspektiven, Kooperationen“

Begrüßung

Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld begrüßt alle Pädagoginnen und Pädagogen, Eltern- und Schülervertreter, Verantwortliche aus der Wirtschaft und der Arbeits- und Stadtverwaltung und insbesondere die Referentin des Abends, Frau Dr. Stuckstätte vom Institut für soziale Arbeit e. V. (ISA) in Münster.

Auch in diesem Jahr haben viele junge Menschen in Mülheim an der Ruhr noch keinen Ausbildungsplatz gefunden. Deshalb stehe das Thema Jugendarbeitslosigkeit als aktuelles Problem im Mittelpunkt vieler politischer Diskussionen.

Die Kommune müsse sicherstellen, dass die verschiedenen Akteure erfolgreich dazu beitragen, den Übergang von der Schule in eine Ausbildung zu erleichtern und einzelne Jugendliche besonders zu fördern. Die seit Jahren bestehende Ausbildungsplatzoffensive vereine viele Verantwortliche in dem gemeinsamen Ziel, möglichst allen Schulabgängern eine Perspektive zu eröffnen. Die Komplexität der Probleme und unterschiedlichen Sichtweisen erfordere jedoch immer wieder auch die theoretische Auseinandersetzung, damit weitere Möglichkeiten zur Optimierung der Koordinierungs- und Planungsprozesse bedacht werden.

Frau Dr. Stuckstätte als wissenschaftliche Mitarbeiterin des ISA Münster beschäftige sich dort mit den Schwerpunkten Jugendsozialarbeit und Übergang Schule/Beruf. Sie berichte aus ihrer Arbeit und vermittele weiterführende Impulse.

Nach dem Vortrag folge die Vorstellung eines Best-Practice-Beispiels aus Mülheim an der Ruhr, bevor in einem Schlußpodium Verantwortliche aus Schule, Wirtschaft und Verwaltung zu Wort kämen.

Frau Oberbürgermeisterin fordert die Anwesenden auf, sich auch in den Austausch einzubringen und wünscht der Veranstaltung einen guten Verlauf.

Chancen und Grenzen kommunaler Koordinierungs- und Planungsprozesse im Übergang Schule – Beruf

Der Vortrag ist im „Kontext“ abrufbar.

Er bündelt die Erfahrung aus mehreren Projekten, die Frau Dr. Stuckstätte durchgeführt hat. Zu Beginn konnte überall festgestellt werden, dass den einzelnen Akteuren ein Gesamtüberblick fehlt, welche Angebote und Kooperationen bereits bestehen. Deshalb ist jeweils als erstes Ziel vereinbart worden, das Vorhandene zu optimieren.

Es erscheint notwendig, einer hauptamtlichen Fachkraft eine zentrale Steuerungsfunktion zu übertragen. Nur so könne das Vorhandene dauerhaft gesichert und verbessert werden. Alternativ biete sich die Rotation aller Vertreter einer Steuerungsgruppe in der zentralen Funktion an. Erhobene Daten müssen gewichtet und bewertet werden. Sie dienen einer Prioritätensetzung, die zu einem Handlungskonzept führt. Alle Prozesse seien jährlich zu evaluieren.

Diese ideal-typische Darstellung kommunaler Koordinierungs- und Planungsprozesse sei für jede Stadt zu überarbeiten. Hilfreich sei eine Entscheidung „von oben“, wer die gesetzliche Pflicht zur Steuerung der Prozesse erhält (Schwerpunkt im SGB II oder SGB VIII). Frau Dr. Stuckstätte spricht sich für die Jugendsozialarbeit/Jugendhilfe/SGB VIII als die richtigere Steuerungsebene aus.

Weitere Informationen zu den Forschungsergebnissen sind im Internet unter www.isa-muenster.de nachzulesen.

Best-Practice-Beispiel aus Mülheim an der Ruhr

Seit Jahren besteht eine gelungene Kooperation zwischen der städtischen Hauptschule an der Bruchstraße und der Friedrich-Wilhelms-Hütte.

Herr Parussel, Lehrer an der Hauptschule, schildert als ein gutes Ergebnis der Kooperation, dass die Schulabgänger nicht nur Ausbildungen im Frisör- und Kraftfahrzeughandwerk anstreben. Zwischen dem 8. und 10. Schuljahr finden Betriebspraktika statt, die in der Regel zur Vermittlung eines Ausbildungsplatzes führen.

Herr Hammelsbrock, Ausbildungsleiter für die gewerblichen Auszubildenden bei der Friedrich-Wilhelms-Hütte, bestätigt die große Bedeutung einer Kooperation zwischen Schule und Ausbildungsbetrieb. Niederschwellige Kontakte zur Schule seien ein guter Beginn. Arbeitgeber könnten so bei 3-wöchigen Praktika auch unbekannte Berufe für Schülerinnen und Schüler interessant machen. Inzwischen hätten ca. 60% der Auszubildenden vorher ein Praktikum abgeleistet.

Bei Sascha Dams, Auszubildender zum Gießereimechaniker im 3. Lehrjahr bei der Friedrich-Wilhelms-Hütte und vorher Schüler der Hauptschule an der Bruchstraße, ist der Einstieg in den Beruf nach eigenem Bekunden so verlaufen, wie es Lehrer und Ausbildungsleiter beschrieben haben. Er habe sich nach einem Praktikum sofort um eine Ausbildungsstelle beworben und auch während der Bewerbungsphase immer Kontakt zum Betrieb gehalten. Es habe sehr schnell zu einem Vertragsabschluß geführt. Er könne die Förderung und Kooperation nur positiv bewerten.

Herr Hammelsbrock ergänzt, dass die Zukunft als Facharbeiter gesichert sei. Es werden viele unterschiedliche Berufe benötigt und es bestehe der

Bedarf an Meistern und Technikern. So sei auch ein beruflicher Aufstieg durchaus denkbar.

Derzeitige Aktivitäten in Mülheim an der Ruhr

Unter Moderation des Pressesprechers der Stadt Mülheim an der Ruhr, Herrn Wiebels, stellen einzelne Akteure ihre Aktivitäten dar und reflektieren weitere Möglichkeiten unter Berücksichtigung des einleitenden Vortrages.

Frau Russak von der Sozialagentur verfolgt das Ziel, Jugendliche unter 25 Jahren (U 25), die keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, in eine Maßnahme zu vermitteln. Um die Quote der Unversorgten weiter zu senken, wird zukünftig eine Kompetenzagentur bereits ab der 8. Klasse mit der Betreuung beginnen. Der Zeitaufwand ist jedoch sehr hoch, da die individuelle Betreuung der Klientel sehr intensiv ist.

Herr Nastaly von der Agentur für Arbeit ist zuständig für die Berufsbegleitung. Er sieht in Mülheim an der Ruhr viele und geeignete Kooperationspartner und legt nun Wert auf die Umsetzung der Absprachen in den Einzelfällen. Dazu zählt das Patenmodell: Ehrenamtliche übernehmen eine Patenschaft für Auszubildende.

Frau Schmidt-Geerlings ist Sprecherin der Mülheimer Hauptschulleiter, selbst Leiterin der städt. Hauptschule Frühlingstraße und als Vertreterin der Schulamtsdirektors Weinreich anwesend. Sie bestätigt für alle Mülheimer Hauptschulen, dass die Kooperationen schon immer gut gewesen seien. Allerdings könnten immer wieder Neue mit ins Boot geholt werden, damit sich die Möglichkeiten vermehren.

Herr Högerle vom Berufskolleg Stadtmitte beschreibt die Bandbreite der Kooperationsmöglichkeiten als zu vielfältig. Er begrüßt die Vollzeit-Bildungsgänge und stellt eine alternative Ausbildung in Frage. Jugendliche mit Förderbedarf hätten allerdings durch gute und erfolgreiche Zusammenarbeit mehr Chancen. Wesentlich sei die Talentförderung für jeden Einzelnen.

Herr Aring, Geschäftsführer des Berufsbildungswerkes, bietet für mehr als 200 benachteiligte Jugendliche Lehrgänge und weitere Förderungen an. Die Jugendlichen werden von der Sozialagentur und von der Agentur für Arbeit vermittelt.

Herr Michaelsen von der Industrie- und Handelskammer zu Essen plädiert für eine Förderung der Schülerinnen und Schüler bereits in der 7. und 8. Klasse. Wenn die Schulentlassung anstehe, sei es zu spät. Die Unternehmen könnten nur darauf zurückgreifen, was von den Schulen vermittelt werde. Denn die bereits angesprochenen Praktika reichten nicht. Eine bestimmte Leistung und Sozialkompetenz seien unverzichtbar.

Da sehr viele Träger in diesem Feld tätig seien, solle man deren Qualität am Erfolg messen und nicht an den Angeboten.

Frau Dr. Stuckstätte begrüßt die Bildung der Kompetenzagenturen und die Einbeziehung von ehrenamtlichen Paten, wobei sie jedoch auch Bedenken äußert. Hilfreich und ein Durchbruch in der Diskussion wäre es, würden alle Akteure vom Jugendlichen her denken. Hier setze der Alltag in der Schule an und verbinde dann die Ausbildungsplatzsuche mit der Frage, wer denn kompetent helfen könne. Alle Beratungsagenturen unter einem Dach sei für die Betroffenen eine große Hilfe.

Frau Russak weist auf die Zusammenarbeit der Jugendsozialarbeit und der Sozialagentur hin, die für die Jugendlichen durchschaubar und hilfreich sei. Daraus habe sich die Kompetenzagentur entwickelt.

Herr Nastaly ergänzt die Berichte um den Hinweis, dass zur Berufsbildungswerkstatt nicht nur Jugendliche mit Förderbedarf vermittelt werden. Auch Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, die durchaus ausbildungsfähig wären, werden zur Berufsbildungswerkstatt vermittelt.

Frau Schmidt-Geerlings hält es für wichtig, weiterhin und immer wieder miteinander zu kommunizieren. Die Schulen hätten oft den Eindruck, etwas „übergestülpt“ zu bekommen. Neben dem eigentlichen Auftrag des Unterrichtes seien noch sehr viele Zusatzaufgaben zu erledigen, deren Sinn sich nicht immer wegen vorher fehlender Kommunikation der Schule erschließe.

Herr Högerle spricht den Datenaustausch an. Einzelne Jugendliche würden nicht erfaßt, weil jede Einrichtung eigene Daten verwalte und diese nicht weiterleite. Es solle hier über den besseren Datenaustausch beraten werden.

Herr Aring erklärt, dass alle Maßnahmen seines Hauses dem Ziel dienen, Jugendliche in Ausbildung zu bringen. Zur Erreichung dieses Ziels müßten alle Träger zusammen und nicht nebeneinander arbeiten.

Herr Michaelsen nennt die Quote von 25% der Jugendlichen, die statistisch nicht erfaßt seien und denen deshalb kein Angebot unterbreitet werden könne. Deshalb müsse jeder Jugendliche erfaßt werden. An die Berufskollegs gewandt forderte er, die Schüler nicht weiter zu unterrichten, die durchaus lehrstellenfähig seien. Es seien 150 Lehrstellen frei. Diese Jugendlichen nähmen denjenigen, die einen Förderbedarf haben, Kapazitäten der Schule weg.

Dem letzten Beitrag widerspricht *Herr Högerle*. Viele Jugendliche nutzten die Berufskollegs zur weiteren Orientierung vor der Berufswahl und zur Vertiefung der Kenntnisse. Ein Abbruch der Vollzeitschule sei für diesen Personenkreis kontraindiziert.

Plenumsdiskussion

Herr Schlebusch, Berufsschullehrer, bittet den Vertreter der IHK, genaue Erwartungen an die Schule zu definieren. Im Ausbildungskonsens werde zum 30.09. eines jeden Jahres gezählt, wieviel Schulabgänger noch keinen Ausbildungsplatz haben. Anschließend beginne die Betreuung des Einzelfalls. Man gehe davon aus, dass 1/3 dieser Jugendlichen nicht erreicht werde.

Frau Schulte vom Unternehmerverband Rhein-Ruhr e.V., Leiterin des Arbeitskreises Schule und Wirtschaft, identifiziert die Altbewerber als das größte Problem. Neue Schulabgänger hätten bessere Chancen als diejenigen, die schon eine „Warteschleife“ durchlaufen hätten. In der Schule solle alles unternommen werden, dass Praxiskontakte erfolgen. An den Schulen sollten bereits ab Klasse 8 Berufswahlkoordinatoren beauftragt werden.

Frau Dr. Stuckstätte sieht auch die Probleme des Datenschutzes, der eine Erfassung aller Schulabgänger mit System erschwere. Geprüft werde derzeit die Praktikabilität und rechtliche Möglichkeit einer Online-Erfassung aller Auszubildenden über die Arbeitgeber, die dann mit der Schulabgängerdatei abgeglichen werden könnte.

Um den Eindruck, die Vermittlungsquote sei zu gering, aufzuheben, teilt *Herr Nastaly* mit, dass 1.700 Jugendliche aktuell in Ausbildung vermittelt wurden.

Herr Michaelsen stellt die Ausbildungsreife in den Vordergrund. Wenn die Schüler mit immer neuen Lerninhalten konfrontiert würden und die Pädagogen keine Zeit für Wiederholungen hätten, dann gingen Kenntnisse wie z.B. die Berechnung eines Dreisatzes unter. Den Schulen müssten wieder frühere Möglichkeiten gegeben werden, die durch viele andere Anforderungen gegenwärtig nicht realisiert werden könnten.

Herr Metscher, Leiter des Berufskollegs Saarn, vertieft diesen Beitrag. Lehrer sollten wieder unterrichten, zur Vermittlung gesellschaftlicher Aspekte seien z. B. Sozialarbeiter geeignet.

Frau Russak sieht eine Lösungsmöglichkeit in Kompetenzagenturen an den Hauptschulen.

Herr Högerle will nicht in die Klagementalität der Schulen einstimmen. Richtig sei, dass schon viel Gutes geschaffen worden sei. Durch die Änderung der Schulgesetzes habe sich jedoch eine Verschlechterung ergeben.

Im Schlußwort bestätigt *Frau Dr. Stuckstätte*, dass die Kooperation von Schule und Wirtschaft richtig sei. Bei allen Aktionen dürften jedoch die Auszubildenden nicht vergessen werden.

Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld dankt Frau Dr. Stuckstätte für den Vortrag und alle Beteiligten für ihre Beiträge und drückt die Hoffnung aus, dass aus der Bildungskonferenz praktische Konsequenzen erfolgen.

Mülheim an der Ruhr, den 13.9.2007

Heinz-Hermann Ernst